

Bezugspreise:
 Für Halle monatlich bei zweimaliger
 Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich
 22,50 Mark, durch die Post monatlich
 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark,
 einjährig 96,00 Mark, Zustellungs-
 gebühren werden von allen Reichs-
 poststellen angenommen. Im
 amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
 Zedler-Zählung eingetragen. Für
 unregelmäßig eingegangene Manu-
 skripte wird keine Gewähr über-
 nommen. Nachdruck nur mit der
 Genehmigung der „Saale-Zeitung“ ge-
 statet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
 u. 1153, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
 Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-
 meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
 Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
 die 92 mm breite Millimeterzeile
 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
 unsere Geschäftsstellen u. sämtliche
 Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
 Halle. Erscheint täglich 2 mal,
 Sonntags und Montags 1 mal.
 Geschäftsleitung und Haupt-Ges-
 chäftsstelle: Halle, Neue Prome-
 nade 1a, Dr. Drauhausstr. 17.
 Neben-Geschäftsstellen: Große
 Reichstr. 52 und Markt 24.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 56.

Halle, Donnerstag, den 3. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Mitbürger! Mitbürgerinnen!

Die ungeheuren Gefahren, die durch das neue Pariser Diktat das Leben des deutschen Volkes bedrohen, erheischen gebieterisch die **größte Einigkeit des deutschen Volkes.**

Das haben die Politiker in den Parlamenten eingesehen und verhalten sich danach.

Parteifanatismus macht die Einheit unmöglich.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei tragen den Keim des Zwiespaltes in die Massen. Während die demokratische Parteileitung durch ihren ersten Vorsitzenden zur Einheit und Geschlossenheit und zur Mäßigung im Wahlkampf aufruft, versuchen die Rechtsparteien in Versammlungen und Auftrufen die Träger des Verfassungswerkes mit allen möglichen Verleumdungen zu verunglimpfen und den freien Volksstaat zu zerkümmern. Ihr monarchistischer Fanatismus hat ihnen den Blick für die reale Wirklichkeit getrübt. Sie tragen den Klaffenhaß und Rassenhaß in die Masse und sagen den versöhnenden, ausgleichenden Bestrebungen der Demokratie die Fehde an, ja verhöhnen und beschimpfen sie.

Das ist sinnlose Katastrophopolitik,

die auf der einen Seite zum Bürgerkrieg, auf der anderen zu immer neuen Bedrückungen durch den Feindbund führt.

Leben, Ordnung, Arbeit

braucht das deutsche Volk. Wir haben jetzt keine Zeit, uns um Staatsformen zu streiten. Der freie Volksstaat besteht und gibt jedem Staatsbürger das Recht und die Pflicht, sein bestes Können und Wissen in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Wer heute politische Parteiinteressen in den Vordergrund stellt, versteht die Not der Zeit nicht!

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Bauern, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende, Kaufleute, Kopf- u. Handarbeiter, Lehrer, Beamte laßt Euch durch Parteidemagogie nicht für Ziele einfangen, die zum Bürgerkrieg führen müssen, lehnt jede verheerende Politik, jeden Klaffen- und Rassenhaß ab und stellt Euch entschlossen

auf den Boden der einigenden Mitte.

Einigkeit und Recht und Freiheit

sind heute notwendiger denn je, denkt an Hoffmann von Fallersleben, des alten Demokraten Vaterlandslied „Deutschland über alles“.
 Denkt daran! Handelt in seinem Geiste!

Handelt, denkt und fühlt demokratisch!

Der große Selbstbetrug.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Frankreich ist über die Anerkennung seiner Milliardenforderung zunächst in einen Rausch des Entzückens geraten, der noch nach auf eine Zeit hinaus die ruhige Überlegung ausschließen wird. Zunächst malen sich die französischen Politiker, voran Herr Berthoin, in glühender Farben die Situation aus, wie sie in London jetzt wird. Sie meinen, daß dort nicht verhandelt werden dürfe, dort müsse es nur ein Diktat geben. Und natürlich schweigen sie in der Hoffnung, daß man die Pariser Fabeln in London den Deutschen einfach zur Unterfertigung vorlegen wird, nachdem man höflicherweise ihre Gegenverträge angefordert hat. Wie ganz anders wird die Wirklichkeit sein!

Es gehört keine Sehergabe dazu, um schon jetzt vorauszusagen, daß nach der Konferenz in London sich in Frankreich der Regenhammer einstellen wird. Das muß man den Engländern lassen: sie haben in diesem Falle es ausgesprochen verstanden, den Franzosen den Glauben an einen Sieg beizubringen. Scharfbar hat Lloyd George vor Herrn Doumer laut über die Wahrheit liegt rechtlich ganz wo anders. Gewiß hat man eine obflure Milliardenzahl auf englischer Seite freilich gutgeschrieben, aber indem man den Franzosen verspricht, aus dem Gold fließen soll, hat man eine große Zügelung begangen, und es ist ein noch nie dagewesener Selbstbetrug, wenn die Franzosen jetzt von einem Siege fabeln. Der Franzose liegt ganz richtig, daß nur von einer deutschen Ausfuhr eine Wiederumkehrung möglich ist. Die Ausfuhr aber fürchtet aus Konstruktivgründen der Engländer, und er ist darum bestrebt, sie so niedrig als möglich zu halten. Es ist darum ganz verständlich, daß, wie französische Quellen jetzt mitteilen, die Engländer ursprünglich beabsichtigt hatten, 25 Prozent Steuer auf die deutsche Ausfuhr zu legen. Sie verzichten gern auf ihren Anteil an der ganzen Wiederum-

machung, wenn sie auf diese Weise zu einem Kartellvertrag gleich allergrößten Stilles tämen. Aber auch die 12 Prozent Ausfuhrsteuer werden hinreichen, um die deutsche Ausfuhr so gut wie ganz abzuschließen.

Englands Bestreben geht nur freilich nicht nur dahin, sich die heutige Konkurrenz vom Leibe zu halten, sondern möglichst auch genau darüber unterrichtet zu sein, welche Exportmöglichkeiten uns noch bleiben. Darum will es in den Pariser Vorschlägen etwas von jenen Handelskriegsplanen verwirklichen, die man während des Krieges in ein geradezu lächerliches System gebracht hatte. Wenn wir nach der britischen Wünsche der Wiederumkehrungskommission die Feststellung unserer Exportkapazität überbringen, so findet nachträglich die grandiose englische Handelsespionage ihre zweckentsprechende Verwendung. Auf nichts anderes als eine finanzielle Ausplünderung kommt auch die Forderung hinaus, daß jede deutsche Auslandsreise, gleichviel, ob sie von Reich, Ländern, Gemeinden oder Privaten aufgenommen werden soll, der Genehmigung durch die Reparationskommission unterliegen muß. Hier wird ja nun Amerika noch ein Wortchen zu reden haben; denn diese Bestimmung richtet sich in erster Linie gegen die Nazis. Das ist aber noch längst nicht alles. Inseere Zollverwaltung und Zollgesetzgebung soll der englischen Aufsicht ebenso überantwortet werden wie die deutsche Tarifoberbehörde. Selbst wenn England nicht einen völligen Kontrollen seines Kontrahenten wirtschaftlich für das Inland doch weit mehr als kein ganzer Anteil an der Wiederumkehrungsumme. Die ganze Pariser Regelung ist England auf den Leib zugeschnitten. Würde sie, wovon so freilich nicht im Traum zu denken ist, akzeptiert werden, so hätte England, nachdem es territorial und politisch den Krieg gewonnen hat, auch wirtschaftlich den Gewinn zu verzeichnen. Die Franzosen aber könnten sich mit der Anerkennung ihrer zusammengehangenen Milliarden auf dem Papier begnügen. Es ist nicht die Preisbestimmung notwendig, um schon jetzt ein-

zuweisen, daß diese Erkenntnis bald auch Gemeingut der denkenden Franzosen sein wird. Es ist aber unendlich traurig, daß ganze Völker immer wieder so bedeutungslosen Selbsttäuschungen unterliegen. Gerade wenn Deutschland fest bleibt und vernünftige Gegenverträge macht, kann es am besten den Erneuerungsprozeß im französischen Volke fördern helfen.

Die Einheitsfront gegen die Pariser Forderung.

Die Antwort, die am Mittwoch die Parteien auf die Forderung des Außenministers Simons erteilen, war trotz der Verschiedenheit des Tones im einzelnen doch eine unzureichende grundsätzliche Zustimmung zu der ablehnenden Haltung der deutschen Regierung. Auch die Kommunisten, die natürlich ihre Sonderziele glaubten um so mehr betonen zu müssen, als in Paris bolschewistische Vorarbeit wie nie zuvor geleistet worden ist, denken nicht daran, die Wahnsinnsforderungen von Paris für diskutabel zu halten. Aber darauf wird man weder im deutschen Volk, noch bei unseren Gegnern besonders Gewicht legen. Am klarsten und entscheidendsten stellen sich die Regierungsparteien hinter die Regierung. Die eindeutigen Formulierungen hatte der demokratische Führer, Abg. Schiffer, entworfen, und er fand den lebhaftesten Beifall des ganzen Hauses, als er die gemeinsame Erklärung abgab. Auch die mehrheitspolitischste Verhandlung war klar und bestimmt. Die Deutschnationalen mußten in der Sache ebenfalls der Regierung zustimmen, wählten aber die bei ihren so beliebte Form des Auftrampfens und des Kraftmeierens. Daß sie damit bei den Gegnern der Sache mehr Schaden als Nutzen, das macht ihnen anheimelnd nichts aus. Auch die langatmigen Ausführungen des Redners der Unabhängigen kamen auf eine fastliche Zustimmung zu der ablehnenden Haltung der Reichsregierung hinaus. So darf

...schon von einer Einheitsfront gesprochen werden, die geeignet ist, die Forderungen der Reichsregierung zu verfestigen und den Einbruch dieser Forderungen im Ausland zu vermeiden. Dazu trägt am meisten die Ausdrucksform, noch ganz besonders die zusammenfassende Anrede des Reichspräsidenten bei, die von förmlichem Beifall und Händelklatschen aus allen Parteien unterrichtet wurde. Nur die Kommunisten und die Unabhängigen konnten es sich nicht erlauben, in dieser historisch bedeutsamen Stunde wieder ein kleinliches Gezeir über die Selbstorganisation und die Rechte des Reichspräsidenten zu provozieren. Aber sie wurden von allen übrigen Parteien in einmütiger Zurückweisung, die nicht den Geheimnissen des Reichspräsidenten, die Reichsregierung sowie der ganze deutsche Reichstag und das ganze deutsche Volk sind einig in der Ablehnung der abstrakten Forderungen unserer Gegner.

Das deutsche „Nein“

„Lemps“ schlägt in seinem Beifallartikel im Hinblick auf eine Betrachtung über die Rede des Reichspräsidenten Dr. Simons unter Berufung auf Artikel 270 des Verfassers des Vertrages vor:

1. daß die alliierten Regierungen in ihrer Befehlshaberrolle sich von den deutschen Forderungen abhalten und am linken Rheinufer stehen,
2. daß sie durch eine Zollgrenze das besetzte deutsche Gebiet von dem nicht besetzten trennen,
3. daß die alliierten Regierungen unverzüglich ein Zoll-Reglement für das besetzte Gebiet ausarbeiten.

„Welt Journal“ ist der Ansicht, daß es das gute Recht der deutschen Regierung sei, Gegenentwürfe zu machen. Der Verfall der Vertrag dem deutschen Volk, bis zum 1. Mai alle ihm nützlich erscheinenden Einwände und Bemerkungen zu machen. Andererseits aber verpflichtet der Vertrag in keiner Weise die alliierten Regierungen die deutschen Einwände zu belegen, sie können darüber unter sich verhandeln und ihre Entscheidung dem Berliner Kabinett zur Kenntnis bringen. Das sei die in Spa angenommene Methode und Deutschland habe nicht derartige Beweise seines guten Willens gemacht, daß Veranlassung vorliege, eine andere Methode zu wählen.

„Daily News“ schreibt: Der Friedensvertrag lese endgültig und klar eine offene Aussage zwischen beiden Parteien vor und man müßte geradezu erwarten, daß die deutschen Vertreter einen Plan nach Spa mitgenommen hätten, der zweifellos eine Grundlage für Verhandlungen wäre. Deutschland sei durch ein Recht, wenn es fordert, gehört zu werden und die Alliierten werden, wenn sie klug seien, keine Abweichung zeigen, die Deutschen anzuhören. Das Blatt bemerkt auf Behauptungen der englischen Geschäftsleute, aus denen hervorgeht, daß in England keineswegs allgemeine Befriedigung über das Pariser Übereinkommen herrscht und schließt: Wenn Deutschland mit einem ernstlichen Bewußtsein, das ernstlich erörtert werden kann, hervortritt, ist es unweigerlich, daß in dieser Hinsicht sich für die Alliierten solidere Aussichten, ihre Entscheidung zu verwirklichen, eröffnen können, als die Pariser Konferenz eröffnet.

Die Notwendigkeit der Demokratie für Deutschland.

„Den Wunsch sprechen alle die englischen Schriftsteller aus, die für Deutschland arbeiten, daß Deutschland selbst durch Entwicklung einer wirklichen Demokratie, wenn auch auf rein nationaler Grundlage und durch richtige Behandlung des internationalen Gedankens, ihnen die erforderliche Hilfe leisten möge.“ Diese Anschauung ist von denjenigen Demokraten, die das Ausland kennen, stets vertreten worden und zugleich davon gewirkt worden, daß die Alliierten, das in den Ausland gegen das alte deutsche System herrschte, als es heutzutage anzusehen. Die oben erwähnte Anschauung befindet sich aber nicht in einer linkslebenden Zeitung, sondern in der zu 50 Prozent deutschnationalen und 50 Prozent volksparteilichen „Täglichen Rundschau“. Allerdings in der Unterhaltungsbeilage in einem Aufsatz des Herrn Peters „England nach dem Kriege.“ Peters ist also, nachdem er England bereist hat, zu demselben Ergebnis gekommen, wie die Demokraten.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, den 4. Februar. Inhalt: Plannen. Roman von Hans Schulte. — Der Karmel des Lebens. Gedicht von Gulland Schlichter. — Der Frühling und Nummer vierzig. — Eine von Karl Bergler. — Von Schiffen, die nach dem Nordpol fahren. — Der letzte Mann am rechten Ufer. — Neue Werke von René Schickel. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Konzert der „Hallischen Singakademie“.

Halle, 2. Februar. Die nächste „Hallische Singakademie“ hatte für ihr Konzert eine gebietende Vortragsfolge gewählt, die auch offenbar gut vorbereitet worden war. „Meeresstille und gläserne Nacht“ für Chor und Orchester von Beethoven eröfnete den Abend in geschmackvoller Aufführung. Der Chor erwies sich als mit dem Stimmungsgehalt der Dichtung angenehm vertraut, ohne doch gerade bereits den Gipfel in diesem Falle zu erreichen. Die Stimmung und ihr Wechsel trat aber klar zutage, und das Ganze machte einen harmonischen Eindruck. Dieser ließ sich ferner für ein geistiges Wandbild für Tenorsolo, Chor und Orchester von Karl Reinke loslösen. Zugabe, daß Sopran und Alt als Einzelstimmen eine Verknüpfung sehr wohl betragen könnten, so ist doch anzuerkennen, daß sie im Verein mit den Tenören und Bässen viel Wirkung zu erzielen verstanden; denn die Ausführung war erfreulich wie die Dichtung und die Sicherheit im allgemeinen. Der Schluß des Vortrags und das innere Feuer der Bezeichnung verdienen indessen noch erhebliche Aufmerksamkeit von Seiten des unsichtigen und das Besondere mit Besorgnis verfolgenden Zuhörers. Die Musikdirektoren Wilhelm Schickel und Hans Schulte. — Von Schiffen, die nach dem Nordpol fahren. — Der letzte Mann am rechten Ufer. — Neue Werke von René Schickel. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Das Reichsallotment.

In einer Rede des Reichsfinanzministers mit Vertretern der Presse erklärte Geheimrat Professor Dr. Dehmann, daß die von der Entente in Paris aufgestellten Bestimmungen über den deutschen Luftverehr eine einmütige Ablehnung erfahren würden, weil sie dem Friedensvertrage direkt zuwiderläufig. Vor allem sei das in der Ententeentente erwähnte Bauverbot von Flugzeugen vertragswidrig. Die geforderten Millionen Entschädigung für zerstörte Zeppeline und unzulässige Ausfuhr von Materialen sei nicht verweigert worden. Die deutsche Regierung habe jedoch die Zahlung von genannten Unterlagen nicht abgelehnt. Diese habe die Entente bis heute noch nicht vorgelegt.

Ein peinliches Doppelspiel

hat sich der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, ein Korrespondent in A. D. Delle in Wilmsdorf geleistet, indem er behauptet (sah noch dazu in einem Briefe an den „Wahlkampf“), daß die Volkspartei „als einzige der nationalen Parteien“ im Reichstage für eine gemeinsame bürgerliche Regierung eingetreten sei. Tatsächlich war der erste Gang des Abg. Heine, als er den Antrag zur Kabinettsbildung erbrachte, der zu den Mehrheitspartei, und nach dem Wahlen ist Herr Stresemann nicht müde geworden, den Eintritt der Mehrheitspartei und den Bloß von Schömann bis Stresemann zu fordern. Dennoch hält es ein Parteiführer der Deutschen Volkspartei für seine und seiner Partei würdig, unter falschen tatsächlichen Angaben Werbegelder für die Wahlen zu sammeln. Der Reichstag, der in dem Briefe mit dem Worte „national“ getrieben wird, verdient noch in dieser Zeit notwendigen Zusammenstehens aller Volksparteien noch eine besondere Zurückweisung.

Die Reichsvermögensbank.

Im Haushaltungsansatz erklärte der Reichsfinanzminister, daß die Frage der Errichtung einer Reichsvermögensbank sich noch im Stadium der Erörterungen befinde und daß neuerdings wieder Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Bank aufgetaucht seien. Die Sache sei noch nicht spruchreif. Der Demokrat Pagnier schloß sich den Ausführungen des Finanzministers an. Ueber die vorläufigen Ergebnisse der Einkommensteuer für das nächste Jahr äußerte sich ein Regierungsvertreter dahin, daß die Einführung außerordentlich schwierig sei. Aus den Lohnabgaben läßt sich ein Jahresbetrag von 8 bis 7 Milliarden erwarten. Man würde auf dieser Grundlage den Selbsttrag der laufenden Ausgaben mit 12 Milliarden in Ansatz bringen. Erörterungen über diesen noch darüber, wie die Sätze zu vermindern seien, wenn durch den Lohnabzug die Steuerpflicht nicht gedeckt sei und noch Rückstände schweben. Aus den Mitteilungen des Reichsfinanzministers ging hervor, daß das Personal der Abwicklungsstelle der alten Wehrmacht von 116.000 Personen am 1. Okt. 19 jetzt auf 6300 Personen heruntergegangen ist.

Der Steuerausfluß aufgefliegen.

Bei der Frage der Abgabefähigkeit von Zuwendungen für Kulturzwecke, miltärisch und politisch Zwecke, der Einkommensteuerentlastung wurde die Regierungsvorlage wieder mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Regierungsparteien angenommen. Infolgedessen wurde zur Geschäftsbearbeitung die Frage aufgeworfen, ob ein Weiterarbeit überhaupt noch Zweck habe. Es sei klar, daß alle Volkspartei nur gegen die Stimmen der Regierungsparteien gestimmt werden würden. Unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten vertagte sich der Ausschuss auf unbestimmte Zeit. Es zeigt sich, daß der Finanzminister seine Vorlage eingebracht hat, ohne sich vorher mit den Koalitionsparteien zu verständigen, eine Weiterarbeit des Ausschusses wird nur dann Zweck haben, wenn eine solche Verständigung erzielt wird.

Die Valutaschäden.

Im Entschädigungsausschuß nach sich gefehren der Demokrat Dietrich (Baden) wärm der hartbetroffenen Ostjuden und der Elb-Verhörer an. Dann wurde über den Erfolg der Valutaschäden an Verdrängte verhandelt.

nicht nur darauf, daß er das nationale Element in die höhere Instrumentalposition eingeleitet hat, sondern von ihm stammen auch eine ganze Reihe von Kompositionen, die an trefflicher Ausführung des Stimmmaterials sowie an Feinsinnigkeit des tonbildnerischen Ausdrucks einem Schumann und Mendelssohn immerhin nahe kommen. Es sei da nur an seine G-Moll- und B-Dur-Sinfonie erinnert sowie an seine „Nachklänge an Orlan“. So sind es denn auch Werke des orchesterlichen Klangreizes und der Melodieführung, die seine „Kreuzfahrer“ auszeichnen. Der Chor der Hallischen Singakademie nahm sich ihrer mit Eifer und beachtenswerter Gelassenheit an. Kammerorganist Waldemar Heine von der Staatsoper in Berlin sang den Klavier mit männlich-ebenem, blühendem Tenor in ausgezeichneter Phrasierung und Besetzung. Maria Gängel-Dworst von unserem Stadttheater trat ihm ebenfalls zur Seite, und Fritz Kerzmann imponierte wieder einmal durch seine wunderbare Fegtsprache, durch die stärksten Basspartien und die Energie seines Eintretens für die Aufgabe. Besonders Eindruck erzielte dann noch Maria Gängel-Dworst durch die prächtige Art, in der sie die „Mittelalterliche Beuschelme“ von Eugen D'Alibert zum Vortrag brachte. Die ausgelegte Stimme schmeichelte dabei ihre so warmen, wohlklingenden Stimme in demerzender Weise, indem die Chorleiterin, freudig auch den Text klar, aber immer im rechten Verhältnis zum Ton und erzielte damit tiefgehenden Eindruck. Ähnliche vorgetragenem Werke wurden von „Hilfsorganist“ Orchester mit großer Aufmerksamkeit, Sicherheit und einer Ausleistung der Töne unterwirft, die eine sorgfältige Vorbereitung des gesamten Orchesterapparates klar an den Tag legten. Demgemäß war der allgemeine Erfolg des Konzertes fast wie der Beifall.

VII. Kammermusik des Hallischen Streichquartetts.

Halle, 2. Februar. Das Hallische Streichquartett erwarb sich ein hoch zu schätzendes Verdienst, daß es uns eins der besten Werke Max Regers, sein Quartett in F-Moll Op. 121, vernichtete, wie ja überhaupt das noch bevorstehende Abend in erster Linie der neueren Kammermusik vorbehalten sind. Trotz der außerordentlich kunstvollen, oft komplizierten Satzung hinter

Der Regierungsvorsetzer erklärte, die Bestimmung des Erfolges der Valutaschäden an Verdrängte trage die Gefahr in sich, daß sich unerlöste Forderungen ergeben würden. Die Frage sei daher nicht im Ausgesprochenen selbst, sondern in seinen Härteparagrafen zu regeln. Die Demokratie stellen einen Antrag, bestimmte Vorkläufe zur Regelung der Entschädigungsansprüche der Saarbewohner nach der Erledigung der vorliegenden Geschlossenheit zu unterbreiten. Der Antrag wurde als weitgehend abgelehnt, dagegen ein solcher der Volkspartei angenommen, der lediglich von der Regierung einen Plan verlangt, wie sie sich die Regelung der Ansprüche denke.

Die Zwiespältigkeit der Deutschen Volkspartei.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Eine ungewöhnliche Häufigkeit hatte die Deutsche Volkspartei entfaltet, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf ihre letzte Wählerversammlung zu lenken, der man das sensationelle Thema gegeben hatte: „Warum dürfen wir die demokratische Idee Dr. Schreiber nicht wählen?“ Sogar Handzettel wurden am Sonntag in den Straßen verteilt, in denen die Wähler nochmals dringend aufgefordert wurden, sich den „bekanntesten hallischen Politiker“ Wilhelm Kemper anzuhören. Man hatte allgemein den Eindruck, daß ein gemäßigter Schlag gegen die Demokratische Partei geführt werden sollte. Trotz aller Bestime und der Mobilisierung zahlreicher Parteigenossen hatten sich aber nur wenige Leute eingefunden, das der kleine Saal des „Reumarktschützenhauses“ eben gefüllt war. Auch die Aufnahme der mit großem Nachdruck vorgetragen, nahezu zwölftündigen Ausführungen des Herrn Kemper war durchaus nicht entusiastisch und dürfte den großen Erwartungen, die die Volkspartei auf diesen Abend gesetzt hatte, kaum entsprechen haben. Direkt peinlich wirkte es, daß einige im Hintergrund platierte Hofstraßen, die sich augenblicklich in dieser Kunst zum ersten Male übten, durch eben laune und geistlose wie aufdringliche Zwischenrufe verunruhigt, schließlich etwas Schwung in die Versammlung zu bringen. Der Grund für die aufwendige Zurückhaltung der Zuhörer lag sicherlich darin, daß die inhaltliche des Gesichts hatten, daß ein wirklicher „Politiker“ anders gesprochen haben würde. Denn was Herr Kemper hat, war in Wirklichkeit nichts anderes, als eine bunte Aufreihung aller der landläufigen Schlagwörter und Zitate, die die Presse der Reichsparteien seit Jahr und Tag dem unpolitischen Teile der Bevölkerung als Sündenregister der Demokratischen Partei aufbewahrt pflegt. Da wurde natürlich der unermüdliche Herr Wilson mit seinem verurteilten Völkerverbund heraufbeschworen und der Verlauf des Krieges selbstverständlich den Demokraten zur Last gelegt. Herr hat uns den Gemütszustand von Versailles mit seinen täglich wiederkehrenden Seiten verurteilt, natürlich die Demokratie! Ein besonderer Kunstgriff des Herrn Kemper bestand darin, alle Zerlegungsleistungen während des Krieges, auch die Bearbeitung der Front durch Selbstplagiats, einer imaginären „internationalen Demokratie“ zur Last zu legen. Obwohl sich der Redner ferner selbst über die Sinnlosigkeit eines solchen Begriffes klar war — denn die wirklichen Demokraten werden uns ja sonst immer als Muster eines starken und gelunden Nationalgefühls vorgehalten —, hat bei Formulierung doch eine bequeme Handhabung, um den Demokraten alle Sünden der radikalsten Kommunisten mit in den Saal zu schieben. Am übrigen sind natürlich auch nur die Demokraten daran schuld, daß die Hande noch nicht die alte Frucht und Ordnung wieder haben, daß die Schieber ihr Unweiden treiben, daß die sog. aboma-

DUJARDIN der nachherliche franz. Cognac. DUJARDIN & Co G.m.b.H. URDINGEN i.H. LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTAIS-MARTIME)

Zu beziehen durch den Handel. — Bezugsquellen nachweis durch das Generaldepot für Mitteleuropa: Hermann Sasse, Magdeburg, Farnstr. 309 u. 271. Telegr.-Adr.: „Arminius.“

läßt das Quartett doch bereits beim erstmaligen Hören tiefgehenden Eindruck, eine gewisse Vertrautheit mit dem Eigenart Regers vorausgesetzt. Der Schmerzpunkt liegt im ersten und dritten Satz. Das erste Allegro, mit dem bedeutendsten Behauptungsanspruch, ist von einer duktusmäßig ändernden Leidenschaftlichkeit erfüllt, die sowohl in der für Regers charakteristischen, unruhig drängenden Modulationen als auch der erregten Rhythmis hervorstechend Ausdruck findet. Nach einem durchgehenden Adagio, einem oft zum Hilarischen gesteigerten Scherzo bringt das Adagio einen jener ausdrucksvollsten, tief erregenden Weizänge der Schlußzeit und Resignation, wie sie außer Regers nur wenigen von den Meistern gelungen sind. Hier haben wir noch einmal einen Moment, der nie wieder erreichten Beethovenschen Maßstäbe. Das folgende Allegro mit seiner geschäftig trippelnden Violine und Regelsbewegung ist ein echtes Regersches Finale. Die Quartettvereinigung hatte sich der anpruchsvollen Aufgabe mit Liebe und Verständnis angenommen und brachte eine Ausführung zustande, der wir nur ein ebenso geläufiges Publikum gewünscht hätten, wie es den bisherigen Veranstaltungen beschließen hat. An erster Stelle sind die beiden Geiger zu nennen. Konzertmeister Fritz Beckler und Arthur Dohrnardt. Auch der Violinist Alfred Witten hatte sich mit dem ihm zur Verfügung stehenden Instrumente vertraut gemacht, dürfte aber, mo es erforderlich ist, immer noch mehr hervorleben. Bei Franz Schickel liegt wohl der Grund für den oft starken und nicht gerade ebenen Cellisten im Instrument; denn er erweist sich im übrigen als sicherer, guter Musiker. Vielleicht findet sich auch hier einmal ein Mägen. Dem Regerschen Quartett folgte in tüchtiger Ausführung das von Brahms in G-Moll.

„Die Sphektenbnigin“ im Apollotheater.

Halle, 2. Februar. Während die meisten Operantendepotanten: von Berlin aus in die Provinz gehen, erprobt Walter B. Göthe seine Fabrikate erst in der Provinz — Halle und Stettin scheint er mit Vorliebe als Versuchsstätte zu nehmen —, um sie zum Schluß nach Berlin zu verpflanzen. Die Taktik bedachte sich bei „Die Sphektenbnigin“, sie wird wohl auch für „Die Sphektenbnigin“ das Richtige sein.